Parteinahe Stiftungen und die parlamentarische Elite in Estland – Aufbau von Netzwerken oder Elitenrekrutierung?

Die parteinahen Stiftungen[[1]](#footnote-1) in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Tätigkeiten sind in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt und von der politikwissenschaftlichen Forschung kaum beachtet. Ausgehend von der gemeinsamen Erklärung der deutschen Parteistiftungen von 1999 wollen die Stiftungen versuchen „durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen“[[2]](#footnote-2). Die Inlandstätigkeiten der Stiftungen tragen auf diesem Wege zur Förderung politischen Engagements und zur Elitenrekrutierung bei[[3]](#footnote-3). Die letztgenannte Tätigkeit, insbesondere mit Blick auf die Auslandsaktivitäten, stellt in der politikwissenschaftlichen Forschung ein Desiderat dar und soll in dieser Untersuchung im Zentrum stehen.

Wie die Tätigkeit der Parteistiftungen im Ausland aussieht, wird aus der gemeinsamen Erklärung nicht ersichtlich. In ihr werden die Demokratisierung und die Völkerverständigung in das Zentrum gerückt[[4]](#footnote-4). Die Auslandstätigkeit der Stiftungen wird mitunter auch als Erweiterung der deutschen Außenpolitik betrachtet, wodurch die Tätigkeiten der politischen Stiftungen von besonderem Interesse sind. Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Diktaturen waren die parteinahen Stiftungen aufgefordert in den Staaten des ehemaligen Ostblocks aktiv zu werden[[5]](#footnote-5). Ausgehend von der gemeinsam formulierten Aufgabe der Demokratisierungshilfe im Ausland haben die politischen Stiftungen Deutschlands früh begonnen, Büros in den Staaten Mittel- und Osteuropas (MOE) aufzubauen. Vor Ort wurden Kontakte aufgenommen und Kooperationen mit Parteien und Organisationen der Zivilgesellschaft eingegangen. Die Partnerparteien stehen den Stiftungen ideologisch nahe. Die Kooperation sollte helfen die noch jungen Demokratien zu stabilisieren und demokratische Spielregeln zu internalisieren. Der Aufbau von Netzwerken der Stiftungen mit Parteien und Nichtregierungsorganisationen ist eine zwingende Notwendigkeit, wenn die selbstgesteckten Ziele der Stiftungen umgesetzt werden sollen. Ad hoc Kooperationen sind auf die Dauer schwierig zu bewerkstelligen und können langfristig die Effektivität der Stiftungsarbeit beeinträchtigen. Wie weit die Stiftungstätigkeit im Ausland geht, ob neben Netzwerken und Politikberatung auch Aktivitäten im Rahmen der Elitenrekrutierung betrieben werden, ist durch die Politikwissenschaft weitgehend unerforscht bzw. nicht konkretisiert worden. Die Forschungen zur Elitenrekrutierung verweisen zumeist auf sozio-ökonomische und sozio-demografische Aspekte der Eliten.

Die Auswahl Estlands als Einzelfall erfolgt aus mehreren Gründen. Hinsichtlich der Rekrutierungsstrukturen ist Estland kein unbeschriebenes Blatt. Es gibt verschiedene Studien, die sich mit der Elitenrekrutierung in den baltischen Staaten auseinandersetzen[[6]](#footnote-6). Die parteinahen Stiftungen als Ausbildungsinstitution neuer Eliten werden aber nicht berücksichtigt, sondern es wird primär auf sozio-ökonomische Muster verwiesen. Mit Blick auf die Forschungsliteratur gilt es zu fragen, ob es ausreicht, darauf zu verweisen, dass es insbesondere in der beginnenden Transformationszeit zu einer Elitenkontinuität kam und sich diese teilweise bis heute fortsetzt. Inzwischen sind immerhin 25 Jahre seit den Umbrüchen in den MOE-Staaten vergangen und es können sich neue Strukturen der Elitenrekrutierung entwickelt haben. Die deutschen parteinahen Stiftungen sind ein besonders interessanter Aspekt, weil hier bereits in einem frühen Stadium der politischen Karriere Kontaktnetzwerke entwickelt werden können, die transnational ausgerichtet sind und sich in einem weiterhin dynamischen europäischen Mehrebenensystem nutzbringend auswirken können. Ein weiterer Grund, Estland zu wählen, ist, dass Estland ein Beispiel für eine gelungene Systemtransformation mit einem funktionierenden Parlamentarismus und einem weitgehend stabilen Parteiensystem ist. Die Stabilität des Parteiensystems erleichtert den Parteistiftungen die kontinuierliche Zusammenarbeit mit den Parteien. Erst durch die langjährigen Beziehungen zu einer Partnerpartei wird es der Forschung ermöglicht, zu hinterfragen, ob die deutschen Parteistiftungen zu einem Element der Rekrutierung und Ausbildung der politischen/parlamentarischen Eliten geworden sind oder weiterhin primär Netzwerke aufbauen. Die Fragestellung dieses Aufsatzes, der sich mit dieser Forschungslücke auseinandersetzen will, lautet also:

Sind die deutschen Parteistiftungen ein Bestandteil der Elitenrekrutierung in Estland?

1. ***Forschungsstand und Aktivitäten der politischen Stiftungen***

Studien zu den Auslandsaktivitäten sind in der Summe immer noch relativ selten und beschäftigen sich primär mit konkreten Projekten der Stiftungen in Afrika und Lateinamerika[[7]](#footnote-7). Eine Ausnahme bildet eine Reihe der Friedrich-Ebert-Stiftung über ihre eigenen Tätigkeiten[[8]](#footnote-8). *Pinto-Duschinsky* bietet eine vergleichende Studie der deutschen Parteistiftungen und deren US-amerikanischen Gegenorganisationen an[[9]](#footnote-9). Er stellt heraus, dass die parteinahen Stiftungen nicht nur in soziale Projekte involviert sind, sondern auch versuchen, ihnen nahestehende Ideologien und deren Parteivertreter zu unterstützen, um Einfluss zu erlangen[[10]](#footnote-10). *Pogorelskaja*[[11]](#footnote-11) berücksichtigt explizit die baltischen Staaten bzw. Estland, bezieht sich aber primär auf die Entwicklung der Tätigkeiten der Stiftungen nach dem Beginn der Demokratisierung und nimmt keinen Bezug auf Elitenrekrutierung oder Netzwerke. *Adam* bezeichnet die Kontakte zu Parteivertretern der Gastgeberstaaten als grundlegend. Mit Bildungsmaßnahmen sollte die Festigung der Demokratie erlangt werden. Explizit wurde hier auf Führungskräfte verwiesen:

„Die *klassische* politische Bildung mit Elementen der Breitenwirkung hat sich damit zu einem Beratungs- und Dialogprogramm entwickelt, dessen Zielgruppen primär politische Entscheidungsträger, Vertreter gesellschaftlicher Gruppen und Akteure von Interessenvertretungen und Nichtregierungsorganisationen sind.“[[12]](#footnote-12).

*Dakowska* ergänzt diese Zielgruppe noch um die Jugendorganisationen der Partnerparteien[[13]](#footnote-13), damit die jungen Demokratien auch in diesem Bereich Organisationen entwickeln können, um die Elitenrekrutierung zu verstetigen. Gleichwohl sind sozio-ökonomische Projekte bedeutsam, um eine Repräsentation zu erhalten und im Anschluss die politischen Kontakte zu verstärken bzw. erstmals zu eröffnen[[14]](#footnote-14).

Problematisch für die Tätigkeit der Parteistiftungen im Ausland ist aber die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts von 1986, nach der die Stiftungen nicht in den politischen Wettbewerb eingreifen dürfen. Zwar ist hier primär an eine direkte Finanzierung der Partnerparteien gedacht, doch bleibt das Grundproblem, zu definieren, ab wann der Wettbewerb durch die Tätigkeiten der Stiftungen beeinflusst wird[[15]](#footnote-15). Die Stiftungen in Estland zeigen ein breites Tätigkeitsfeld. Ihre Unterstützung und ihre Angebote reichen von allgemeiner kultureller Arbeit über Veranstaltungen/Seminare allgemeiner politischer Bildung und thematisch speziellen Angeboten bis hin zur Politikberatung[[16]](#footnote-16). Zu den Maßnahmen der deutschen parteinahen Stiftungen, die in den Bereich der Elitenrekrutierung fallen können, gehören auch Besuche von ausgewählten Personen in Deutschland[[17]](#footnote-17). Die Stiftungen wollen hierdurch helfen, Politiker heranzubilden, die der Bundesrepublik freundlich gegenüberstehen. Hierin sind die deutschen Stiftungen auch erfolgreich[[18]](#footnote-18). Die Stiftungen beteiligen sich auf diesem Wege indirekt sowohl an der deutschen Außenpolitik als auch an der Elitenrekrutierung.

Den Ausführungen bei *Heisterkamp* folgend scheint sich die Elitenrekrutierung aus Sicht der Stiftungen primär auf die Begabtenförderung zu beschränken. Ob und wie Elitenrekrutierung betrieben wird, bleibt in seiner qualitativen Studie weitgehend im Dunkeln[[19]](#footnote-19).

1. ***Hypothesen***

Ausgehend von den oben aufgeführten Darlegungen über die Aktivitäten der deutschen parteinahen Stiftungen, stellt sich, wie bereits ausgeführt, die Frage, ob die Parteistiftungen in Estland mehr auf die Schaffung von Netzwerken zielen oder tatsächlich die politische Elite in Estland als ein Element mit rekrutieren?

Diese Frage soll durch eine Online-Befragung mittels Limesurvey bearbeitet werden. Es wird hierbei von folgenden Hypothesen ausgegangen:

Ausgehend von den Analysen von *Dakowska*, liegt die primäre Aufgabe der parteinahen Stiftungen im Auf- und Ausbau von Netzwerken und Kontakten. Entsprechend lautet **(H1:)** Die Abgeordneten und Regierungsmitglieder haben erst Kontakte mit den Stiftungen, wenn sie Funktionsträger in der Partei sind. Von dieser Sichtweise weiterführend müsste (**H2:**) die Mehrheit der Abgeordneten über Kontakte zu den jeweiligen Partnerstiftungen verfügen. Wenn die Aufgabe der parteinahen Stiftungen aber in der Errichtung von Netzwerken und Kontakten besteht, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass (**H3:**) diese Kontakte mehrheitlich erst nach ihrem Einzug in das Parlament (Riigikogu) zustande gekommen sind und (**H4:**) den Stiftungen bei der Kontaktaufnahme der aktive Part zufällt.

Mit Blick auf die Hypothesen sind besonders die Fälle der Heinrich-Böll-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und Friedrich-Naumann-Stiftung (seit 2005) relevant, weil diese keine eigenen Büros in Tallinn unterhalten bzw. 2005 eine Neuorientierung vorgenommen haben.

Die Fokussierung auf die parlamentarische/politische Elite gründet auf der Tatsache, dass es nicht nur eine Elite gibt, sondern sich voneinander unterscheidende Eliten in einem System existent sind. Zu ihr können je nach Sichtweise Regierungsmitglieder, Parlamentarier und Parteifunktionäre gezählt oder unterschieden werden. Die Rekrutierung erfolgt in erster Linie über die Parteien. In Estland sind die Parteiführungen relativ stark und können so Einfluss auf den Rekrutierungsverlauf nehmen[[20]](#footnote-20).

1. ***Elitenrekrutierung in Estland***

Die politischen Umwälzungen in den späten 1980er Jahren erzeugten eine Situation, in der ein Austausch der alten Eliten möglich erschien. Neben unbelasteten Personen konnten auch Angehörige der abdankenden KP Estlands der unteren Ebenen in diesen Elitenaustausch integriert werden. Nach 1991, als Estland seine Unabhängigkeit wiedererlangte, gelang es Teilen der alten hochrangigen Elite sich wieder zu etablieren und teilweise eine Kontinuität herzustellen[[21]](#footnote-21). Ursächlich für diese Kontinuität sind u.a. die Anzahl der zu besetzenden Positionen in Relation zu den verfügbaren, qualifizierten und unbelasteten Nachwuchskräften. Durch das Staatsangehörigkeitsrecht Estlands fanden sich große Teile der russischen Einwohner ohne Staatsbürgerschaft wieder[[22]](#footnote-22). Diese Situation hatte auch eine Säuberung des Verwaltungsapparates zum Ergebnis. Die Konstruktion des Staatsangehörigkeitsrechts verdrängte die Teile der politischen Elite, die während der Okkupationszeit zuwanderten und schuf dadurch ein ethnisch homogenes erstes post-sowjetisches Parlament. Die parlamentarische Seite der politischen Elite ist hinsichtlich ihrer soziodemografischen Struktur teilweise sehr ähnlich. Für Estland ergibt sich folgendes Bild:

Von den 101 Mitgliedern des 2011 gewählten Parlaments sind 22 weiblich und 79 männlich. 92 Abgeordnete haben eine höhere Ausbildung erhalten (Universität, Fachhochschulen), acht haben eine Ausbildung der Sekundarstufe und nur ein Mitglied hat eine Ausbildung vergleichbar mit einem Facharbeiterabschluss. Auffallend ist die Dominanz der Universität Tartu bei den Abschlüssen. In Tartu schlossen 42 Abgeordnete ihr Studium ab. Die Technische Hochschule Tallinn nennen siebzehn Absolventen im Parlament[[23]](#footnote-23). Andere Hochschulen wie die Universität Tallinn oder die Universität für Life Sciences und der Akademie für Musik und Theater haben insgesamt 22 Abgeordnete absolviert. Die verbleibenden achtzehn Abgeordneten haben an anderen Hochschulen ihren Abschluss gemacht. Hierzu gehören vermutlich Universitäten im heutigen Russland aber auch westliche Hochschulen.

Hinsichtlich der Berufsgruppen findet sich eine große Vielfalt im Parlament wieder. Von den 101 Abgeordneten sind sechzehn als Juristen, vierzehn als Wirtschaftswissenschaftler, dreizehn als Ingenieure und zehn als Historiker gelistet. Die Häufigkeit der künstlerischen Berufe (Dirigent, Schauspieler, Filmkritiker, Komponist) liegt bei vier Abgeordneten. Den Beruf Lehrer geben vier Abgeordnete an. Die verbleibenden Berufsgruppen setzen sich aus naturwissenschaftlich orientierten Berufen (z. B. Geologe, Chemiker, Physiker) und sonstigen Berufen zusammen (Polizist, Philosoph, Sozialarbeiter etc.). Nur vier der Abgeordneten verfügen über einen Doktortitel, vierzehn Abgeordnete weisen einen Masterabschluss nach und drei werden vom Parlament als Kandidaten (allgemein) ausgewiesen.

Hinsichtlich der Altersstruktur lässt sich folgende Aufteilung finden:

|  |
| --- |
| Tabelle 1: Altersstruktur der Abgeordneten des estnischen Parlaments |
| Jahrgang  | 1935-1944 | 1945-1954 | 1955-1964 | 1965-1974 | 1975-1984 | 1985- |
| Abgeordnete | 2 | 20 | 28 | 30 | 19 | 2 |
| Quelle: http://riigikogu.ee/index.php?id=34675 (17.02.2015) |

Die Kohorten der Jahre 1955 bis 1974 stellen knapp 58% der Abgeordneten, während die jüngeren und älteren Kohorten jeweils etwa 21% bilden. Gleichzeitig ist für 35 Abgeordnete die 12. Legislaturperiode (2011-2015) auch die erste, weitere 30 Abgeordnete üben bereits ihr zweites Mandat aus. Weitere 24 Abgeordnete sind bereits dreimal in das Parlament eingezogen. Sieben Personen sind bereits zum vierten Mal gewählt worden. Ein Mitglied sitzt in der fünften Legislaturperiode im Parlament und vier Abgeordnete sind seit den ersten freien Wahlen 1992 Mitglied des Parlaments. Es findet also in Estland ein kontinuierlicher Austausch der Abgeordneten statt und nur die wenigsten Abgeordneten waren länger als zehn Jahre im Parlament.

1. ***Forschungsdesign***

Zur Klärung der Fragestellung wird ein quantitativer Ansatz gewählt. Den 101 Abgeordneten des Riigikogus wurde ein standardisierter Fragebogen mittels Limesurvey per E-Mail zugesandt und um Teilnahme gebeten. Es fand also eine Vollerhebung statt, bei der die Stichprobengesamtheit und die Grundgesamtheit einander entsprechen[[24]](#footnote-24).

Da es bisher keine vergleichbare Studie gibt, handelt es sich um eine explorative Studie.

1. ***Fragebogen***

Der Fragebogen wird, wie es in psychometrischen Fragebögen der Fall ist[[25]](#footnote-25), in Teilaspekte untergliedert, um ein hohes Maß an Absicherung der zu erfragenden Gegenstände zu erlangen.

Der Fragebogen gliedert sich wie folgt. Er beginnt mit der Erfragung sozio-demographischer Inhalte (Geschlecht, Alter), weil hierdurch eine gute Überleitung zu den weiteren Fragen erfolgen kann (Parteizugehörigkeit, Funktionsträger, Parlamentszugehörigkeit und Kontakte zu deutschen Parteistiftungen allgemein). Ein folgender Fragenblock widmet sich den Stiftungen: Seit wann, zu welchen Anlässen, in welchen Formen und wie die Kontakte zustande gekommen sind. Im letzten Block erfolgen dann die Fragen mit Bezug zur Elitenrekrutierung in Estland, deren Antworten auf individuellen Eindrücken beruhen. Es werden Eindrücke hinsichtlich der Qualität der Stiftungsarbeit, dem individuellen Nutzen in der Karriere und nach dem individuellen Nutzen der Kontakte zu deutschen Stiftungen erfragt.

1. ***Analyse***

Von den 101 Abgeordneten haben trotz Einladung und wiederholter Nachfrage nicht alle an der Umfrage teilgenommen. Dadurch können die Erhebungsdaten nicht problemlos als Mittelwert der Grundgesamtheit verstanden werden[[26]](#footnote-26).

Die Rücklaufquote von online-basierten Surveys wird unterschiedlich bewertet. Zum Teil wird von hohen Rücklaufquoten berichtet, andere berichten von schwachen Quoten[[27]](#footnote-27). In diesem Fall gab es eine Rücklaufquote von 15% (fünfzehn Abgeordnete), darunter fünf Abgeordnete, die nur teilweise geantwortet haben. Angesichts des explorativen Charakters der Analyse kann dies akzeptiert werden. Es können erste Aussagen und Ergebnisse zur obigen Fragestellung erzielt und dargelegt werden, an die weitere Forschung angeschlossen werden kann und muss, um zu weiteren Ergebnissen zu gelangen.

***6.1 Analyse der Umfrage***

Die Analyse der sozio-demografischen Struktur fördert ein Durchschnittsalter von 45 Jahren zu Tage. Sechs Frauen und sechs Männer nahmen teil. Bei dreien bleibt das Geschlecht unbekannt.

Von den Befragten gaben elf an, eine Funktion in ihrer Fraktion auszuüben. Zehn Abgeordnete üben eine Funktion im Parlament aus, wobei es zu Doppelnennungen kam. Tätigkeiten in einem Ausschuss übernehmen zehn der befragten Abgeordneten. Zwei Abgeordnete gaben an, dass sie neben ihren Funktionen in Ausschüssen, Parlament und Fraktion noch Tätigkeiten in einem Sonderausschuss und Nichtregierungsorganisationen aktiv sind.

|  |
| --- |
| Tabelle 2: Funktionen in:  |
| Fraktion | 11 |
| Parlament | 10 |
| Ausschüsse | 10 |
| Sonderausschüsse und Sonstige | 2 |

Es ist naheliegend, dass mehr als ein Abgeordneter sich in der estnischen Zivilgesellschaft engagiert. Aktivitäten im Rahmen der Zivilgesellschaft sind wahrscheinlich, handelt es sich hierbei um Vorfeldorganisationen der Parteien und Organisationen, die Abgeordnete unterstützen könnten. Fest steht, dass die Mehrheit der antwortenden Abgeordneten mehrere Funktionen in Fraktionen, Ausschüssen und im Parlament übernehmen. Neben einer durch die Rücklaufquote erzeugten Verzerrung ist die Tätigkeitshäufung sicherlich auch durch die Größe des estnischen Parlaments erklärbar. Die Wahrscheinlichkeit, ein Amt, eine Funktion auszuüben ist wegen der Größe des Parlaments mit 101 Mitgliedern hoch[[28]](#footnote-28). Dies gilt insbesondere mit Blick auf die Ausschüsse. Im Riigikogu bestehen gegenwärtig elf ordentliche Ausschüsse mit 116 Mitgliedern[[29]](#footnote-29). Als Abgeordneter des Riigikogu sitzen Abgeordnete fast automatisch in mindestens einem Ausschuss und einige Abgeordnete arbeiten in mehreren Ausschüssen. Daneben existieren sechs weitere Sonder- und Untersuchungsausschüsse, die ebenfalls besetzt werden müssen, was die Zahl der Abgeordneten, die in mehreren Ausschüssen sitzen, erhöht. Überraschend sind also nicht Abgeordnete, die in Ausschüssen sitzen, sondern umgekehrt, Abgeordnete, die nicht in Ausschüssen vertreten sind.

Die meisten der antwortenden Abgeordneten sind erst seit wenigen Jahren im Parlament tätig. Nur zwei Abgeordnete sind seit 1992 bzw. 1995 im Parlament. Dies deutet auf eine relativ hohe Fluktuation hin. Neben attraktiveren Angeboten aus der freien Wirtschaft gehört sicherlich auch die Trennung von Amt und Mandat hierzu. Mit jeder Kabinettsveränderung müssen Nachrücker wieder aus dem Parlament ausscheiden, wenn der Minister in das Parlament zurückkehrt. Aber auch die unterschiedlichen Wahlerfolge in den nationalen Wahlen seit 1992 führen zu Veränderungen in der Sozialstruktur des Parlaments.

***6.2 Kontakte zu deutschen Stiftungen***

Mit Blick auf die Kontakte zu deutschen Parteistiftungen ergibt sich folgendes Bild:

Von den fünfzehn Abgeordneten gaben drei Abgeordnete an, keine Kontakte zu Parteistiftungen aus Deutschland zu haben. Zwei Abgeordnete merkten an, dass sie entweder keine Zeit oder kein Interesse an Kontakten hätten. Einer stellte fest, dass keine angemessene Stiftung für ihn vorhanden sei. Neun Abgeordnete bestätigten, allgemeine Kontakte zu deutschen Stiftungen zu haben oder gehabt zu haben. Der Eindruck hierbei ist, dass die Mehrheit der Abgeordneten Kontakte zu Parteistiftungen hat und es der Normalfall sein dürfte, wenn auch nicht in der Gesamtheit aller Mitglieder des Parlaments. Obwohl die geringe Rücklaufquote eine deutliche Überrepräsentation einer der zwei großen Parteistiftungen erwarten ließ, sind alle vor Ort tätigen Stiftungen genannt worden.

|  |
| --- |
| Tabelle 3: Kontakte zu deutschen Stiftungen |
| Stiftung | Kontakte |
| Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS, vor Ort) | 4 |
| Friedrich-Ebert-Stiftung (FES, vor Ort) | 2 |
| Friedrich-Naumann-Stiftung (FNSt, vor Ort bis 2005) | 3 |
| Heinrich-Böll-Stiftung (HBS, keine vor Ort Präsenz) | 0 |
| Hanns-Seidel-Stiftung (HSS, keine vor Ort Präsenz) | 0 |
| Rosa-Luxemburg-Stiftung (RSL, keine vor Ort Präsenz) | 0 |

Dies sind die Friedrich-Naumann-Stiftung (vor Ort bis 2005), die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Friedrich-Ebert-Stiftung. Hier zeigt sich, wie wichtig eine Vorortpräsenz der Stiftungen ist, wenn Kontakte mit der politischen Elite geknüpft werden sollen. Im Jahre 2005 wurde das Büro der Friedrich-Naumann-Stiftung in Tallinn wegen einer Verlagerung des Arbeitsschwerpunktes auf die Ukraine und Belarus geschlossen und nach Warschau verlegt[[30]](#footnote-30).

Die KAS wurde von vier Abgeordneten genannt, die Friedrich-Ebert-Stiftung von zwei Abgeordneten und die Friedrich-Naumann-Stiftung von drei Abgeordneten. Konrad-Adenauer- und Friedrich-Naumann-Stiftung sehen ihre Partner in den regierenden Parteien Isamaaliit ja ResPublica Liit und Reformierakond. Auffallend ist, dass die FNSt nur angegeben wurde von Teilnehmern, die erst seit 2005 oder später Mitglied im Parlament wurden. Auch ein Mitglied der Zentrumspartei (Keskerakond) gab an, über Kontakte zur FNSt zu verfügen. Letzteres kann durchaus als Offenheit der Stiftung gegenüber anderen Parteien verstanden werden. Die Zentrumspartei ist kein permanenter Partner der FNSt. Vermutlich aus Zeitgründen haben Abgeordnete in Estland kaum weitere Kontakte zu anderen Parteistiftungen. Diese weitgehende Abwesenheit der ‚konkurrierenden‘ Stiftungen unter den Abgeordneten lässt auch den Schluss zu, dass hier ideologische Motive eine wichtige Rolle spielen und die Stiftungen entsprechend nicht der allgemeinen Informationsvermittlung und estnisch-deutscher Kontaktpflege, sondern tatsächlich primär der Elitenausbildung und –rekrutierung sowie dem Netzwerkaufbau dienen und der ideologischen Nähe der Partner vor Ort entsprechen. Abweichend von diesem Muster kann eigentlich nur die KAS bewertet werden. Sie wurde als ‚sonstige‘ Kontaktstiftung mehrmals von Abgeordneten genannt, die nicht nur zu einer ihnen nahestehenden Stiftung Kontakt haben. Die Friedrich-Ebert-Stiftung wurde nur zweimal genannt. Mehrfachkontakte sind eher die Ausnahme als die Regel.

***6.3 Zeitpunkt und Form der Kontakte mit Stiftungen***

Neun Abgeordnete gaben an, wann sie den ersten Kontakt mit einer deutschen Parteistiftung hatten. Drei von ihnen erklärten, dass sie erst nach ihrem Einzug in das Parlament Kontakte hatten und die anderen sechs gaben an, vor ihrem Einzug in das Parlament bereits Kontakt gehabt zu haben. Zwei hatten bereits Kontakt in den Jugendorganisationen der Parteien und einer vor seinem Parteibeitritt. Dieser Fall ist sicherlich eine Ausnahme. Die Kontaktaufnahme in der Jugendorganisation der Partei ist nicht besonders überraschend. Mit Blick auf eigene Erfahrungen und Kenntnisse aus der Zeit in der Friedrich-Naumann-Stiftung kann der Verfasser bestätigen, dass die FNSt sehr stark die Jugendorganisation der Reformpartei anspricht. Der Anteil derjenigen, die erste Kontakte bereits in der Jugendorganisation hatten, dürfte weitaus höher liegen als die ersten Ergebnisse suggerieren. Die langfristige Kooperation der Stiftungen mit den Jugendorganisationen führt automatisch zu höheren Kontaktzahlen unter den späteren Abgeordneten.

|  |
| --- |
| Tabelle 4: Beginn der Kontakte |
| Nach Einzug in das Parlament | 3 |
| Vor Einzug in das Parlament | 6 |
| Weitere Angaben |  |
| Vor dem Parteibeitritt | 1 |
| In der Jugendorganisation | 2 |
| Als Parteimitglied | 3 |

Die Kontaktaufnahme bietet erste interessante Einblicke. Nur in zwei Fällen sind Stiftungen auf die Befragten zugegangen. In den meisten Fällen (sechsmal) wurde der Kontakt durch die Parteien hergestellt. Daraus lässt sich schließen, dass die Parteien als Organisation ein Interesse an einer Kooperation mit den deutschen Parteistiftungen haben. Die estnischen Parteien erwarten durch die Kooperation mit den Stiftungen Vorteile. Zufällige Kontakte durch Konferenzen etc. sind selten (eine Nennung). Kontaktaufnahmen zwischen Abgeordneten, Politikern und Stiftungen sind eine geplante Angelegenheit und lassen den Schluss zu, dass die Stiftungen aus Sicht der Parteien zur Elitenrekrutierung beitragen. Diese Ergebnisse sind erstaunlich, wenn man Aussagen z.B. der FES heranzieht, nach der junge Nachwuchskräfte bereits frühzeitig an die FES herangeführt werden sollen, um Netzwerke zu bilden[[31]](#footnote-31). Um dieses Ziel zu erreichen müssten eigentlich die Stiftungen eine aktivere Ansprache umsetzen.

Die Form der Kontakte sind unterschiedlich. Zahlreiche Kontakte zu Stiftungen entstehen über Veranstaltungen. Relativ ausgewogen sind Kontakte über Veranstaltungen der eigenen Parteien. Selten sind Kontakte zu Stiftungen über Fraktionsveranstaltungen. Veranstaltungen des Parlaments scheiden als Ort der Kontaktpflege und -aufnahme weitgehend aus. Keiner der Befragten nannte diese Möglichkeit.

Die Art der Veranstaltungen, die besucht werden, sind primär Schulungen. Schulungen der Stiftungen beschäftigen sich zumeist mit einem bestimmten Thema und sollen Informationen vermitteln. In Projekten der Parteistiftungen sind die wenigsten Abgeordneten integriert (drei Nennungen). Diskussionsrunden wurden mehrmals genannt. Ob Abgeordnete Politikberatung in Anspruch genommen haben ist nur zweimal positiv beantwortet worden. Politikberatung betrifft aber nur einen engeren Kreis an Entscheidungsträgern (Ausschussvorsitzende, Obleute, Fraktionsexperten etc.). Ebenfalls niedrig sind die Angaben über persönliche Gespräche zwischen Abgeordneten und Vertretern der Parteistiftungen. Auch wenn viele Abgeordnete diese Frage nicht beantwortet haben, kann die Einschätzung durch die Ergebnisse zutreffend sein. Aus eigener Erfahrung in der Stiftungstätigkeit vor Ort kann der Verfasser sich erinnern, dass die Zahl der direkten Kontakte mit Abgeordneten relativ gering war und sich eher auf Funktionsträger wie Minister oder hohe Funktionäre der nahestehenden Jugendorganisation beschränkte.

***6.4 Deutschlandbesuche***

Einladungen durch die Stiftungen nach Deutschland konnten nur von vier Abgeordneten bestätigt werden. Die Mehrheit verneinte diese Frage. Die wenigsten Abgeordneten dürften entsprechend nach Deutschland eingeladen worden sein. Auch hier sind es eher die Spitzen der Parteien und des Parlaments oder besonders vielversprechende Nachwuchspolitiker. Einladungen nach Deutschland können darauf schließen lassen, dass die eingeladenen Personen als besonders förderungswürdig gelten und für die Zukunft Potential hinsichtlich der Zusammenarbeit gesehen wird.

***6.5 Nutzen der Kontakte***

Für diese Studie ist die Frage nach dem individuellen Nutzen der Kontakte für die Abgeordneten von besonderem Interesse. Sechs Abgeordnete sehen in Kontakten zu Stiftungen Nutzen für das innerparteiliche Ansehen bzw. für die innerparteiliche Karriere. Zwei Abgeordnete gehen nicht von verbesserten Karrierechancen aus und ein Abgeordneter antwortete mit „weiß nicht“. Die verbleibenden Sieben beantworteten die Frage nicht.

Einen individuellen greifbaren Nutzen scheint es auf den ersten Blick also zu geben. Die unsichere Einschätzung (weiß nicht, unbeantwortet) zeigt, dass die individuelle Einschätzung von Parteistiftungen nicht immer erkennbar sein muss. Allerdings sollten die Erwartungen auch nicht zu hoch gesteckt werden, denn die Stiftungen sind nur ein Element des politischen Betriebes in Estland und auch nicht die wichtigste Sozialisationsinstanz. Die wichtigste Sozialisationsinstanz bilden die Parteien und ihre Jugendorganisationen. Dass die Stiftungen für die Rekrutierungs- und Karrierewege bedeutsam sind, zeigt die Einschätzung der Abgeordneten, die in sechs Fällen einen positiven Effekt der Stiftungskontakte auf ihre Karriere angaben. Des Weiteren gehen neun der Befragten davon aus, dass die Stiftungen insbesondere für jüngere Funktionäre hilfreich sind, auf Führungsaufgaben vorbereitet zu werden.

Irritierend wirkt, dass die Befragten durchaus der Ansicht sind, Kontakte zu den Stiftungen können sich positiv auf Karrieren auswirken und auf Führungsaufgaben vorbereiten. Auf der anderen Seite wurde die Frage, ob der Besuch von Veranstaltungen der Stiftungen einen persönlichen Nutzen gebracht hat rundweg verneint bzw. nicht beantwortet. Es scheinen also die persönlichen, sich außerhalb von Veranstaltungen abspielenden Kontakten ausschlaggebend zu sein.

1. ***Fazit***

Mit Blick auf Estland ist die erste Hypothese nicht zu bestätigen. Die Zahl der Befragten, die bereits vor dem Eintritt in das Parlament Kontakte zu den Stiftungen angaben, sind zu hoch, um dieser Hypothese Allgemeingültigkeit zukommen zu lassen. Auch ist die Größe des Parlaments eine intervenierende Variable, die die Gültigkeit dieser Annahme beeinflusst. Abgeordnete übernehmen in einem kleinen Parlament sehr viel schneller eine Funktion, als dies zum Beispiel in Deutschland der Fall ist. Dennoch weisen die Ergebnisse daraufhin, dass die Stiftungen Netzwerke aufbauen, auf die in entsprechenden Kontexten zurückgegriffen werden kann. Hypothese 2 wiederum kann bestätigt werden. Die Abgeordneten dürften in ihrer Mehrheit über Kontakte zu den Parteistiftungen aus Deutschland verfügen. Ob die dritte Hypothese zutrifft ist nur eingeschränkt möglich zu beantworten. Von den antwortenden Abgeordneten gaben immerhin zwei Drittel an, bereits vor der Übernahme eines Abgeordnetenmandats Kontakte mit einer deutschen Parteistiftung gehabt zu haben. Ob es sich um eine tatsächliche Mehrheit handelt oder dies nur ein Zufall ist, muss an dieser Stelle offen bleiben. Verneint werden kann die Hypothese, dass die Stiftungen den aktiven Part der Kontaktaufnahme übernehmen. Mehrheitlich gingen die Kontakte zwischen Befragten und Stiftungen von der Partei aus. Dies weist darauf hin, dass die Parteien die Kontakte bis zu einem bestimmten Grad steuern wollen. Ob die Steuerung als Element der Elitenrekrutierung und politischen Sozialisation oder der Abwehr von möglicher innerparteilicher Konkurrenz bzw. Sicherung der eigenen Position dient, sei dahingestellt. Dass Kontakte mit den Parteistiftungen aus Deutschland durchaus der eigenen Karriere dienlich sein können und damit ein Baustein der Elitenrekrutierung und Sozialisation von Eliten ist, zeigt die Bejahung der Frage, ob denn die Kontakte der eigenen Karriere nützlich gewesen seien und auch hilfreich sind, sich auf Führungsaufgaben vorzubereiten. Eingeschränkt muss aber attestiert werden, dass diese Einschätzung eher allgemeiner Natur ist und nicht auf die Erlangung der Position in Parlament, Fraktion und Partei bezogen wird. Hier spielen natürlich andere Faktoren eine gewichtigere Rolle. Die von den Stiftungen angebotenen Veranstaltungen spielen bei der Karriere keine erkennbare Rolle.

Die deutschen parteinahen Stiftungen (Friedrich-Ebert-Stiftung, Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung) verfügen innerhalb der estnischen Parteien und des Parlaments über zahlreiche Kontakte und bilden dadurch Netzwerke innerhalb ihres ideologischen Spektrums aus. In wie weit sie auch ein Baustein der Elitenrekrutierung sind kann nicht zur Gänze geklärt werden. Sicher ist, dass die Stiftungen keine aktive Rolle in der Elitenrekrutierung spielen.

Dass die Stiftungen von sich aus auf Politiker zugehen, um Kontakte zu knüpfen, ist nicht die Norm. Vielmehr weisen die Daten darauf hin, dass die Partnerparteien hier eine lenkende Position einnehmen. Dies kann natürlich in Absprache mit den Stiftungen geschehen. Insgesamt kann aber festgestellt werden, dass die Arbeit der deutschen parteinahen Stiftungen einen informellen Baustein der Elitenrekrutierung in Estland darstellt. Festgehalten werden kann auch, dass eine Präsenz in Estland der Kontaktaufnahme und -pflege dienlich ist. Anders kann die Nichtnennung der Hanns-Seidel-Stiftung, der Heinrich-Böll-Stiftung und der Rosa-Luxemburg-Stiftung nicht erklärt werden. Auch wenn eine Vorortpräsenz aufgegeben wird, wie es im Fall der Friedrich-Naumann-Stiftung der Fall ist, bleiben die Kontakte und die Kontaktpflege bestehen und somit auch die Elemente der Elitenrekrutierung und Netzwerkpflege. In den politischen Wettbewerb selber greifen die Stiftungen mit ihren Aktivitäten nicht signifikant ein. Ein Eingriff wäre es erst, wenn die Kontakte mit den Stiftungen zu einem herausragenden Element der Elitenrekrutierung werden oder die Stiftungen bestimmende Einflussmöglichkeiten erhalten.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse die Notwendigkeit weiterer empirischer Forschungen in diesem Bereich auf.

1. In diesem Aufsatz werden aus stilistischen Gründen verschiedene Ausdrücke für die parteinahen Stiftungen genutzt: Parteistiftungen, politische Stiftungen und parteinahe Stiftungen. Diese werden als synonym verstanden. [↑](#footnote-ref-1)
2. GEMEINSAME ERKLÄRUNG der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Friedrich-Naumann-Stiftung e.V., Hanns-Seidel-Stiftung e.V. und der Heinrich-Böll Stiftung e.V. zur staatlichen Finanzierung der Politischen Stiftungen, <http://www.fes.de/intro/finan.html> (26.04.2015) [↑](#footnote-ref-2)
3. Vgl. *Ulrich Heisterkamp*, Think Tanks der Parteien? Eine vergleichende Analyse der deutschen politischen Stiftungen, Wiesbaden 2014, S.353. [↑](#footnote-ref-3)
4. <http://www.fes.de/intro/finan.html> (26.04.2015) [↑](#footnote-ref-4)
5. Vgl. *Dorota Dakowska*, Wissen geben, Wissen nehmen. Deutsche parteinahe Stiftungen in Polen, in: Osteuropa, 55. Jg., Nr. 8, S. 126-136, S.128.; Vgl. *Erfried Adam*: Vom mühsamen Geschäft der Demokratieförderung. Die internationale Entwicklungszusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn 2012, S.426. [↑](#footnote-ref-5)
6. Vgl. *Anton Steen*, Between past and future: Elites, democracy and the state in post-communist countries. A comparison of Estonia, Latvia and Lithuania, Aldershot 1997. [↑](#footnote-ref-6)
7. Vgl. *Miriam Egger*, Die Auslandsarbeit der politischen Stiftungen. Zwischen Entwicklungshilfe und Transformationskontext, Saarbrücken 2007. Vgl. *George Williams Ntambaazi*, The paradox of democracy promotion through civil society in Uganda: Evidence from Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) and Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), German political foundation, Osnabrück 2011. [↑](#footnote-ref-7)
8. Vgl. *Erfried Adam, a.a.O. (Fn. 5)* [↑](#footnote-ref-8)
9. Vgl. *Michael Pinto-Duschinsky,* Foreign political aid: the German political foundations and their US counterparts, in: International Affairs (Royal Institute of International Affairs 1944-), 67. Jg., Nr. 1, S.33-63 [↑](#footnote-ref-9)
10. Vgl. *Michael Pinto-Duschinsky*, a.a.O (Fn. 9), S. 34f. ; Vgl. *Dorota Dakowska*, a.a.O. (Fn. 5), S.129. [↑](#footnote-ref-10)
11. Vgl. *Swetlana W. Pogorelskaja*, Die politischen Stiftungen in der deutschen Außenpolitik. Überlegungen am Beispiel der Tätigkeit der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Hanns-Seidel-Stiftung in der Gemeinschaft der Unabhängigen Staaten und in den baltischen Staaten, Bonn 1997. [↑](#footnote-ref-11)
12. Vgl. *Erfried Adam*, a.a.O. (Fn. 5), S. 431. [↑](#footnote-ref-12)
13. Vgl. *Dorota Dakowska*, a.a.O. (Fn. 5), S.130. [↑](#footnote-ref-13)
14. Vgl. *Michael Pinto-Duschinsky, a.a.O (Fn. 9),* S.39. [↑](#footnote-ref-14)
15. Vgl. *Erfried Adam*, a.a.O. (Fn. 5), S. 417f. [↑](#footnote-ref-15)
16. Der Autor hat sehr unterschiedliche Angebote der Stiftung vor Ort mitgestaltet, besucht und beobachtet. In den Bereich der Politikberatung gab es aber keinen Zutritt. [↑](#footnote-ref-16)
17. Vgl*. Michael Pinto-Duschinsky, a.a.O (Fn. 9),* S.41 [↑](#footnote-ref-17)
18. Vgl. *Michael Pinto-Duschinsky, a.a.O (Fn. 9),* S.45/59. [↑](#footnote-ref-18)
19. *Heisterkamp* hat sich primär mit der Funktion und der Selbstwahrnehmung der Stiftungen als Think-Tanks auseinandergesetzt, wodurch eine qualitative oder quantitative Auseinandersetzung mit Elitenrekrutierung in Parteien nicht stattfinden konnte, sondern eher im Allgemeinen verbleibt. [↑](#footnote-ref-19)
20. Vgl. *Nicholas Aylott,* A question of priorities: Candidate selection in Estonian political parties. In: Journal of Baltic Studies, Vol. 45, Nr. 3 2014, S.321-344. [↑](#footnote-ref-20)
21. Vgl. *Anton Steen*, a.a.O. (Fn. 6), S.52. [↑](#footnote-ref-21)
22. Vgl. *Ole Nørgaard und Lars Johannsen*, The Baltic states after independence, second edition, Cheltenham 1999, S.57. [↑](#footnote-ref-22)
23. In Estland besteht eine hohe symbolische „Konkurrenz“ zwischen beiden Universitäten und ihren Absolventen. [↑](#footnote-ref-23)
24. Vgl. *Andreas Broscheid/Thomas Gschwend:* Augäpfel, Murmeltiere und Bayes: Zur Auswertung stochastischer Daten aus Vollerhebungen, MPIfG working paper, No.037, S.5. [↑](#footnote-ref-24)
25. Vgl. *K. Wolfgang Kallus*, Erstellung von Fragebogen, Wien, 2010, S. 26ff. [↑](#footnote-ref-25)
26. Vgl. *Andreas Broscheid/Thomas Gschwend*, a.a.O (Fn. 24), S.9. [↑](#footnote-ref-26)
27. Vgl. *Udo Kuckartz* et.al.: Evaluation Online. Internetgestützte Befragung in der Praxis. Wiesbaden 2009, S. 13. [↑](#footnote-ref-27)
28. Vgl. *Mikko Lagerspetz, Konrad Maier*: Das politische System Estlands. In: *Wolfgang Ismayr* (Hrsg.): Die politischen Systeme Osteuropas, 3. Aktualisierte und erweiterte Auflage, Wiesbaden2010, S.79-122, S.93. [↑](#footnote-ref-28)
29. <http://www.riigikogu.ee/en/parliament-of-estonia/> (26.04.2015) [↑](#footnote-ref-29)
30. Der Autor war 2004 im Tallinner Büro der Friedrich-Naumann-Stiftung beschäftigt. [↑](#footnote-ref-30)
31. Vgl. *Ulrich Heisterkamp*, a.a.O. (Fn. 3), S. 221. [↑](#footnote-ref-31)